

Feindliche Handlungen kirchlicher Vertreter

21. September 1959

Information Nr. 676/59 – [Bericht über] feindliche Handlungen kirchlicher Vertreter

Quelle

BArch, MfS, ZAIG 217, Bl. 106–112 (6. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Ulbricht, Grotewohl, Verner, Neumann oder Honecker – MfS: Ablage.

Vermerk

Die im Verteiler genannten Vertreter der SED- und Staatsführung sind mit einer Klammer zusammengefasst, hinter der das Kürzel »V.Min.« (unauflösbare Abkürzung) steht.

Bemerkungen

Für das Jahr 1959 ist eine Liste überliefert, die alle Bericht der ZIG und ihre Adressaten enthält. Darin ist noch Beater (MfS) für den Verteiler vorgesehen.

Anlage

»Protokoll des Pfarrkonvents der Superintendentur Kahla am 30. Juni 1959 in Kahla«.

Bei einer Gepäckkontrolle am 19.9.1959 im Zug von Leipzig nach Eisenach wurden bei dem Superintendenten der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Thüringen, Pokojewski, Otto¹ aus Kahla 142 700 DM im Koffer versteckt festgestellt. Außerdem hatte P. 10,00 DM West in seinem Spazierstock versteckt.

Da in der Vergangenheit festgestellt wurde, dass vonseiten der Kirchen versucht wird, zur Finanzierung ihrer Tätigkeit in der DDR auf unkontrollierbarem Wege in den Besitz von DM der Deutschen Notenbank² zu gelangen, wurde P. zur Klärung des genannten Sachverhaltes vernommen und anschließend inhaftiert, weil in der Untersuchung folgende Einzelheiten bekannt wurden: Nach den Aussagen von P. hat er dieses Geld von dem Penndorf, Martin³ Landwirt und Herdbuchzüchter,⁴ zuletzt Mitglied der LPG »Freies Land« in Kosma Kreis Altenburg erhalten, mit der Maßgabe, das Geld nach Westberlin zu verbringen und dessen Republikflucht zu unterstützen. Bei Penndorf, Martin, handelt es sich um eine qualifizierte Kraft auf dem Gebiete der Herdbuchzucht und es ist offensichtlich, dass er den Eintritt in die LPG am 1.9.1959 nur zu dem Zwecke vollzog, um in den Besitz von Bargeld zu kommen und mit diesem Manöver seine schon länger vorbereitete Republikflucht durchzuführen. Um sein gesamtes Vermögen von ca. 100 000 DM zum Schwindelkurs nach Westdeutschland bringen zu können, forderte er daher bei seinem Eintritt in die LPG ultimativ seinen Inventarbeitrag in Höhe von 40 000 DM. Dieser Forderung kam die LPG auch nach. Zur unmittelbaren Verwirklichung seiner Republikflucht trat Penndorf an den ihm seit langer Zeit bekannten Pokojewski heran, teilte ihm seine Republikfluchtabsicht mit und ließ sich von ihm beraten.

Dies geschah offenbar in Kenntnis der Rolle kirchlicher Stellen und besonders des Pokojewski bei der Unterstützung der Republikflucht und wurde von Penndorf zur Grundlage seines Verbrechens gemacht. Bei der Zusammenkunft zwischen Penndorf und Pokojewski wurde in Erwägung gezogen, das Vermögen Penndorfs zur Tarnung der Kirche zu übereignen, von der es nach Westdeutschland transferiert werden sollte.

Wie die Untersuchungen weiter ergaben, nahm Pokojewski zu diesem Zweck Verbindung mit dem Geschäftsführer des Hilfswerkes der evangelischen Kirche in Thüringen⁵ – Sitz Eisenach – Prenzler, Wilhelm⁶ aus Eisenach auf, dessen Tochter Sekretärin bei Bischof Dibelius⁷ ist. Prenzler selbst ist unmittelbar dem Zentralbüro Ost des evangelischen Hilfswerkes in Berlin-Zehlendorf, Teltower Damm 93, unterstellt.

Pokojewski und *Prenzler* legten daraufhin folgendes Vorgehen fest: *Penndorf* sollte am Tage der geplanten Republikflucht, am 19.9.1959, das Geld im Hotel Opel in Leipzig an *Pokojewski* übergeben, getarnt als »Kollekte für das Hilfswerk der Landeskirche Thüringen von Unbekannt«, damit bei eventuellen Nachforschungen über die Herkunft des Geldes keine Angaben gemacht werden brauchen. *Penndorf* sollte zu diesem Zwecke noch eine Bestätigung schreiben, dass ein »Unbenannter« dieses Geld dem Hilfswerk der evangelischen Landeskirche Thüringen schenkt. Das Geld sollte dann von *Pokojewski* zu *Prenzler* nach Eisenach gebracht werden. (Hierbei wurde *Pokojewski* festgenommen.)

Von *Prenzler* wurden bereits in der schon genannten Zweigstelle Berlin des Hilfswerkes der evangelischen Kirche in Deutschland – Sitz Stuttgart – Vorverhandlungen bezüglich der Übernahme des Geldes und der späteren Verrechnung mit dem Finanzreferenten [Name 1] geführt, der die Zusage einer Unterstützung durch diese kirchliche Stelle für die Republikflucht des *Penndorf* und den damit verbundenen Geldbetrag gab. [Name 1] erklärte sich bereit, unter Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen einen Scheck über 14 000 Westmark auszuhändigen, was am 21.9.1959 erfolgen sollte.

Aufgrund der in der Untersuchung festgestellten feindlichen Handlungen wurden daraufhin auch *Prenzler*, *Penndorf*, *Martin* sowie die Personen [Name 2, Vorname 1], Traktorist in der LPG »Freies Land« *Kosma*, [Name 2, Vorname 2], Bäuerin – die beiden letzteren ebenfalls wegen Vorbereitung der Republikflucht – festgenommen, die den geschilderten Tatbestand bestätigen.

In der Anlage wird die Abschrift eines Protokolls des Pfarrkonvents der Superintendentur Kahla beigefügt, aus dem eine Reihe von Stellungnahmen zu dem Brief des Bischof *Mitzenheim*⁸ an den Ministerpräsidenten *Otto Grotewohl*⁹ ersichtlich sind.¹⁰ Dieses Protokoll wurde bei der in der Wohnung des Superintendenten *Pokojewski* durchgeführten Hausdurchsuchung – die keine weiteren Hinweise im Zusammenhang mit dem geschilderten Vorgang erbrachte – vorgefunden und dort nach Fotokopierung belassen.

Anlage: 4 Blatt

Anlage zur Information Nr. 676/59

Protokoll des Pfarrkonvents der Superintendentur Kahla am 30. Juni 1959 in Kahla

Anwesende:

Herr Landesbischof Dr. *Mitzenheim*, alle Pfarrer der Superintendentur außer Pfarrer [Name 2] und Pfarrer *Gleisberg*,¹¹ der wegen Krankheit fehlt

Beginn: 9.30 Uhr

Nach der Mette in der Stadtkirche (Pfarrer [Name 3]) hielt Pfarrer *Demmler*¹² eine in die Tiefe führende Exegese über Jes. 43, 1–7.¹³ Der Herr Landesbischof hat den an ihn gerichteten Brief des Pfarrkonvents (vgl. Protokoll des Konvents vom 25.5.1959)¹⁴ zum Anlass genommen, um zu den Pfarrern der Superintendentur über die dort angeschnittenen Fragen zu sprechen.

Wir Pfarrer stehen in der Gefahr, die Politik des Westens unbesehen anzunehmen. Was man vor Jahren noch konnte, ist heute nicht mehr möglich. Es ist eine krampfhaftige Situation entstanden. Um aus ihr herauszufinden, hilft nur ein großmütiges Verhalten. Es gilt, nicht nur das Negative zu sehen, sondern den Blick auf die Welt offen zu halten. Die Stellung des Christen gegenüber dem Staat ist begrenzt zwischen Rm. 13 und Offenb. 13.¹⁵ Es gilt für uns, wie wir in unserem Staat innerhalb der gesteckten Grenzen als Christen leben können. Emigration oder Zuchthaus sind keine Wege. Aus dieser Erkenntnis heraus führe ich als Beauftragter der Bischöfe der DDR die Verhandlungen mit dem Staat und habe jenen Brief an den Ministerpräsidenten geschrieben. Pfarrer *Wagner*¹⁶ – Leipzig nannte diesen Brief eine »Provokation der Liebe«. Westdeutsche Zeitungen, die durchaus nicht links gerichtet sind, nehmen dazu positiv Stellung. Allerdings ist auch die Zahl der Gegner nicht gering.

An einigen Beispielen sei angeführt, was durch beharrliches Verhandeln erreicht wurde: Bibelrüstungen werden vom Staat als kirchliche Lebensäußerung angesehen und erlaubt; der Marxismus-Leninismus wird nicht als Maßstab an christliches Schrifttum angelegt. Zum Kirchentag in München¹⁷ wurden für 15 000 Gemeindeglieder Pässe beantragt. Sie wurden abgelehnt. Die Verhandlungen gehen weiter. Wir wollen hoffen, dass wenigstens 1 000 fahren können. Zunächst hat die Kirche noch ihren Auftrag für das Volk und im Volk. Solange sie noch kein Winkeldasein fristen muss, wollen wir alle Möglichkeiten ausnützen, das Bestehende zu erhalten.

Pfarrer *Kriewald*:¹⁸ Uns geht's nicht um äußere Dinge, sondern um's Innere. Sie reden in Ihrem Brief von einem »neuen Ethos«, das jetzt zu bemerken ist. Wo sind die Früchte dieses Ethos? Das Ethos des Marxismus lautet: Gut ist, was der Gesellschaft = Sozialismus nützt. Wie können wir da mit?

Bischof: Das Wort »Ethos« stammt von Bischof *Dibelius*. Wenn Sie sich an dem Wort stoßen, sagen wir besser »Umgangston«. Die Bereitschaft zum gemeinsamen Gespräch ist da. Müssen wir das jetzt nicht ausnützen, um einen Weg zu finden?

Kriewald: In allem was geschieht, wird das Fernziel angesteuert: Kommunismus. Aus diesem Grunde können nicht einzelne Handlungen von uns begrüßt werden.

Pfarrer [Name 4]: Wenn Sie, Herr Landesbischof, auch das Gute für die Kirche im Auge haben, so ist doch Ihr Brief von den Gemeindegliedern falsch aufgefasst worden. Für viele Menschen sind Sie ein Halt. Der schwindet aber seit Ihrem Brief.

Bischof: Wir sind kein Halt für politisch Verärgerte. Wir haben unseren Menschen in christlicher Verantwortung das rechte Wort zu sagen.
Kriewald: Die Unkenntnis über den dialektischen Marxismus ist verheerend. Wie könnten sonst Männer des LKR¹⁹ – z. B. OKR²⁰ Lotz²¹ – in der Öffentlichkeit für die Sache des Gegners reden, wie weit geht überhaupt die Spaltung in der Kirchenleitung?

Pfarrer Mascher:²² Wo sollen wir mit unseren Kindern hin, wenn es nur atheistische Schulen gibt?

Bischof: Die Schule hat Kenntnisse zu vermitteln, aber keine Bekenntnisse aufzunötigen. Wir sind bemüht, mit rechten Mitteln für Erleichterung unserer Leute zu sorgen.

Kriewald: Eine christliche – lutherische Existenz ist heute und hier nicht mehr möglich. Es bleiben doch nur die beiden Wege: Emigration oder Zuchthaus. Es ist wichtig zu sehen, mit welcher Gewalt der marxistische Mythos auf uns zukommt.

Mascher: Die Partei hat ihre Leute gedrillt. Das Kirchenvolk ist verlassen. Es sieht nach oben. Wo aber bleibt die Hilfe von seiner Führung?

Bischof: Ich höre das mit großem Ernst. Hilfe für den Mensch ist es, dass die Kirche noch ihren Dienst tun kann.

Mascher unterbricht: Wo ist die Hilfe jetzt in der Schule?

Bischof: Unser Memorandum an Grotewohl greift die Frage nach der christlichen Existenz auf.²³ Wir brauchen aber konkrete Unterlagen, um wirksam verhandeln zu können.

Kriewald: Die Salzburger wanderten damals aus.²⁴ Wir sollten auch den Antrag zur Auswanderung stellen.

Bischof: Und was geschah mit ihren Kindern? Sie mussten dort bleiben und kamen in Klöster.

Pfarrer Demmler: Ich glaube, wir müssten mehr kämpfen und nicht so viel brummeln.

Superintendent Pokojewski: Der Pfarrer braucht Schutz. Er könnte auf seinen Bischof zeigen. Aber heute kann er das nicht mehr. In fünf Punkten möchte ich zusammenfassend festhalten:

1. Wir anerkennen den guten Willen, aus dem jener Brief geschrieben wurde.
2. Der Brief wurde der Öffentlichkeit preisgegeben. Der Herr Landesbischof hätte wissen müssen, dass dieser Fall eintreten könnte. Damit werden die übrigen Pfarrer einer Diskriminierung ausgesetzt.
3. Alle Verhandlungen mit staatlichen Behörden geschehen im Einverständnis mit den übrigen Bischöfen. Dieser Brief aber war ein Alleingang.
4. Es wäre zu erwägen, ob Sie nicht gegen den Missbrauch Ihres Briefes scharfen Protest erheben könnten, der allgemein bekannt wird.
5. Wir sind nicht westlich. Aber wir seufzen unter der Lüge, der Unwahrhaftigkeit, dem Unrecht und der Unfreiheit. Wir müssen uns einen Stand zwischen Ost und West suchen.

Bischof: Sie sehen die Dinge einseitig. Selbst wenn das Volk meinen Schritt im Augenblick nicht einsieht, kann er notwendig gewesen sein. Wir suchen keinen harten Weg, sondern einen gangbaren.

Der Superintendent dankte dem Landesbischof für seine Bereitwilligkeit, die Pfarrer der Superintendentur angehört zu haben. Nachdem der Herr Landesbischof den Konvent verlassen hatte, wurde er alsbald nach einigen amtlichen Bekanntmachungen beendet.

Der nächste Konvent soll am Mittwoch, dem 19.8.[1959] in Kahla stattfinden.

Uhlstädt, den 8.7.1959 | gez. [Name 5]

1

Otto Pokojewski, Jg. 1900, evangelischer Theologe, 1954 bis zu seiner Verhaftung aufgrund des hier beschriebenen Geldtransfers Superintendent in Kahla.

2

Im Zuge der Währungsreform im Juli 1948 auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone wurde die Reichsmark als bis dahin gültiges Zahlungsmittel durch die Deutsche Mark der Deutschen Notenbank abgelöst. Bis 1964 hieß die Währung in der DDR also auch Deutsche Mark (DM). Erst 1964 wurde sie in Mark der Deutschen Notenbank (MDN) und mit Gründung der Staatsbank der DDR im Jahr 1968 in Mark der DDR (M) umbenannt.

3

Martin Penndorf, Landwirt und Viehzüchter, weitere Angaben zur Person konnten nicht ermittelt werden.

4

Das Herdbuch ist ein Register für Zuchttiere. Der Herdbuchzüchter betreibt eine aktive Zuchtarbeit zum Erhalt erbfester Tiere und vom Aussterben bedrohter Rassen, die er im Herdbuch dokumentiert.

5

Das Hilfswerk der evangelischen Kirchen wurde 1945 mit dem Ziel gegründet, angesichts der Not im Nachkriegsdeutschland, die Mitglieder der Kirchengemeinden zur Mithilfe anzuregen. Dazu entstanden in den Landeskirchen Hauptbüros sowie das Zentralbüro in Stuttgart. Das Hilfswerk kümmerte sich vor allem um die Probleme von Flüchtlingen, den Bau von Wohnungen, Alten- und Pflegeheimen und den Aufbau von Notkirchen. Das Hilfswerk konnte zunächst noch über die Zonengrenzen hinweg arbeiten, was sich aber im Laufe der 1950er-Jahre immer schwieriger gestaltete.

6

Wilhelm Prenzler, Jg. 1906, evangelischer Diakon, 1957 Ordination in Eisenach, Pfarrer mit gesamtkirchlichem Auftrag, 1959 Strafverfahren, 1960 Verlassen der DDR und auf eigenen Antrag aus dem Dienst der Evangelischen Landeskirche Thüringens entlassen, ab 1961 Geschäftsführer des Diakonischen Werkes, des Stadtverbandes für Innere Mission und der Stadtmission Hannover, 1973–76 Geschäftsführer des Ostkirchenausschusses.

7

Otto Dibelius, Jg. 1880, evangelischer Theologe, 1925–33 Generalsuperintendent der Kurmark in Potsdam, nach seiner Amtsenthebung durch das NS-Regime Mitglied der Bekennenden Kirche, wiederholt inhaftiert und mit Auftrittsverbot belegt, 1945–66 evangelischer Bischof von Berlin-Brandenburg, seit 1957 Einreiseverbot in die DDR, seit 1961 auch für Ostberlin, sodass er das Bischofsamt faktisch nur in Westberlin ausüben konnte. 1949–61 Vorsitzender des Rates der EKD, 1954 Präsident des Ökumenischen Rates der Kirchen.

8

Moritz Mitzenheim, Jg. 1891, evangelischer Theologe, 1929–45 Pfarrer in Eisenach, 1936 Bekennende Kirche, Leiter des Landesbruderrates der Bekennenden Kirche, 1947–70 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche Thüringen, 1964 Treffen mit Walter Ulbricht auf der Wartburg in Eisenach (»Wartburggespräch«), auf dem die Abgrenzung der ostdeutschen Kirchen von westlichen Einflüssen und die »gemeinsame humanistische Verantwortung« zwischen Kirche und Staat betont wurde.

9

Otto Grotewohl, Jg. 1894, SPD-Politiker, ab 1946 SED-Funktionär und bis 1954 mit Wilhelm Pieck paritätischer Vorsitzender der SED, 1949–64 Ministerpräsident bzw. Vorsitzender des Ministerrates der DDR.

10

Am 23.3.1959 hob Otto Grotewohl in einer Rede vor Berliner Künstlern und Kulturschaffenden die Verbreitung der dialektisch-materialistischen Weltanschauung als Aufgabe aller Erziehungs- und Bildungseinrichtungen hervor und betonte in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, gegen alle Formen von Glauben und Aberglauben, auch gegen den christlichen Glauben, Stellung zu beziehen. Damit verstieß Grotewohl gegen den Geist des Kommuniqués vom 21.7.1958, das zwischen Vertretern des Staates und der Kirchen mühsam erarbeitet und in dem gegenseitige Achtung und Respekt der jeweils anderen Weltanschauung gegenüber, sprich auch die Glaubens- und Gewissensfreiheit, betont worden war. Mitzenheim empfand Grotewohls Auftreten als Affront gegen den christlichen Glauben und nahm als Vertreter der leitenden Geistlichen der evangelischen Kirche und als Einzelperson Stellung zu Grotewohls Rede. Zusammen mit den leitenden Amtsträgern der Evangelischen Landeskirchen in der DDR richtete er am 15.4.1959 einen offenen Brief an Grotewohl, in dem um ein Gespräch zur Klärung der durch Grotewohls Äußerungen am 23.3.1959 entstandenen Fragen gebeten wurde. Grotewohl antwortete ablehnend und adressierte sein Schreiben an Mitzenheim persönlich. Mitzenheim reagierte am 9.5.1959 auf Grotewohls Ablehnung und betonte die Notwendigkeit einer Aussprache. Am gleichen Tage richteten Mitzenheim und der Generalsuperintendent der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, Fritz Führ, ein Schreiben an den Staatssekretär für Kirchenfragen Werner Eggerath mit einer Erläuterung ihrer Anliegen als Basis für ein Gespräch mit Grotewohl. Welcher dieser Briefe Mitzenheims in der hier vorliegenden Information des MfS gemeint ist, wird nicht deutlich. Zum Verhältnis Kirche und Staat in den Jahren 1959 bis 1968 vgl. Dähn, Horst: Konfrontation oder Kooperation? Das Verhältnis von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945–1980. Opladen 1982, S. 70–100. Wortlaut der Schreiben Mitzenheims und anderer Vertreter der Kirchenleitungen in der DDR an Grotewohl und Eggerath und deren Antworten vgl. Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland, Jahrgang 1959. Gütersloh 1960, S. 154–163. Vgl. auch Information [251/59](#).

11

Erich Erwin Eberhard Gleisberg, Jg. 1894, evangelischer Theologe, 1952–60 Pfarrer in Dienstädt.

12

Artur Reinwald Demmler, Jg. 1911, evangelischer Theologe, 1946–74 Pfarrer in Großkröbitz.

13

Buch des Propheten Jesaja, Kapitel 43, Vers 1–7, thematisiert die Erlösung und prophezeit eine heilvolle Zukunft des Volkes Israel als des von Gott erwählten Volkes (»Und nun spricht der Herr, der dich geschaffen hat, Jakob, und dich gemacht hat, Israel: Fürchte dich nicht, denn ich habe dich erlöst; ich habe dich bei deinem Namen gerufen; du bist mein [...]«).

14

Das Protokoll des Konvents ließ sich nicht nachweisen.

15

Brief des Paulus an die Römer, Kapitel 13 und Offenbarung des Johannes, Kapitel 13: Die Bibelstellen beschreiben das Spannungsverhältnis zwischen der Unterordnung des Christen unter die (staatliche) Obrigkeit, die als von Gott eingesetzt vorausgesetzt wird und der Warnung vor falschen (weltlichen/heidnischen) Mächten, die Gottes Herrschaft stürzen wollen.

16

Heinz Wagner, Jg. 1912, evangelischer Theologe und Professor für Praktische Theologie, 1945–60 Direktor der Inneren Mission in Leipzig und Rektor des Diakonissenmutterhauses in Borsdorf bei Leipzig, 1945–83 Rundfunkbeauftragter der EKD und Rundfunkprediger, 1959 Dozent und ab 1961 Professor für Praktische Theologie an der Universität Leipzig.

17

Der Kirchentag in München fand vom 12. bis 16.8.1959 unter dem Motto »Ihr sollt mein Volk sein« statt.

18

Walter Wilhelm Arthur Kriewald, Jg. 1910, evangelischer Theologe, 1955–62 Pfarrer in Orlamünde.

19

Der Landeskirchenrat (LKR) ist die oberste Verwaltungsbehörde einer Landeskirche. Er trifft konzeptionelle Entscheidungen, erlässt Verordnungen und ist verantwortlich für die Umsetzung der Beschlüsse der Synode, dem Gremium der kirchlichen Selbstverwaltung.

20

Oberkirchenrat/-rätin (OKR) ist die Amtsbezeichnung für eine Person, die ein Dezernat/eine Abteilung in der obersten Dienstbehörde einer Landeskirche (Landeskirchenrat oder Oberkirchenrat) leitet.

21

Gerhard Lotz, Jg. 1911, Kirchenjurist und CDU-Funktionär, seit 1946 OKR und Leiter der Rechtsabteilung des Thüringischen Landeskirchenrates, 1948 stellvertretender Vorsitzender des Landeskirchenrates, Mitglied der Synode der EKD und Mitglied des Weimarer Arbeitskreises, ab 1956 Mitglied des Hauptvorstandes der CDU, Mitglied des Friedensrates der DDR und des Weltfriedensrates, ab 1958 Mitglied der CFK, ab 1955 als IM »Karl« vom MfS erfasst.

22

Werner Mascher, Jg. 1906, evangelischer Theologe, 1953–59 Pfarrer in Großseutersdorf.

23

In diesem Memorandum der evangelischen Bischöfe wurden Fragen und Nöte der christlichen Existenz in der DDR formuliert. Vgl. Dähn, Horst: Konfrontation oder Kooperation? Das Verhältnis von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945–1980. Opladen 1982, S. 70–100, bes. S. 78.

24

Hier wird Bezug genommen auf die »Salzburger Exulanten«. Aufgrund eines Erlasses des Salzburger Erzbischofs aus dem Jahr 1731 wurden etwa 20 000 evangelische Christinnen und Christen aufgrund ihres Bekenntnisses zum protestantischen Glauben aus dem Fürstbistum Salzburg ausgewiesen. Der größte Teil von ihnen fand in Preußen Zuflucht.